

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnementpreise: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 1.— Mk. von auswärts 1,50.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 97

Mittwoch, den 27. April 1921

12. Jahrgang

Deutschland bietet 200 Milliarden Goldmark an

Deutschlands finanzielles Reparationsangebot.

Berlin, 26. April. Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. d. Mts. eine Note übergeben worden, in der sich Deutschland bereit erklärt, zum Zwecke der Reparation eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in Annullitäten, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen.

Deutschland will seine Zahlungsverpflichtungen in nachstehender Form mobilisieren: Deutschland legt sofort eine internationale Anleihe auf. Es wird sich an dieser Anleihe beteiligen. Der Ertrag der Anleihe wird den Alliierten zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu bezahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und amortisieren. Deutschland hält hierfür zurzeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner Finanz- und Wirtschaftslage teilnehmen zu lassen. Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Zum gleichen Zwecke ist Deutschland bereit, nach einem möglichst rein kaufmännischen Verfahren Sachleistungen für die geschädigten Staaten zu übernehmen. Deutschland ist ferner bereit, der Reparationskommission alsbald den Betrag von einer Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen, b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb drei Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

Gegebenenfalls würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Alliierten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Reparationszwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, den Gebern aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben. Mit der Ausnahme dieser Vorschläge erfassen sämtliche andern Verpflichtungen Deutschlands zu Reparationszwecken. Auch wird dadurch das deutsche Privatvermögen im Auslande frei. Deutschland hält seine Vorschläge nur für durchführbar, wenn das Entzihen der Sanktionen alsbald aufhört, die gegenwärtige Basis der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Aufgaben entlastet wird. Deutschland verpflichtet sich, die gutachtliche Entscheidung einer internationalen Sachverständigenkommission über seine Leistungsfähigkeit als bindend anzuerkennen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Änderungsvorschläge oder andere Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegenzunehmen.

Während die deutsche Regierung es in London hatte zum Bruche kommen lassen, ist dies außerordentlich große Entgegenkommen in höchstem Grade überraschend, und es ist um so bedauerlicher, daß die deutsche Regierung sich nicht eher zu diesem Angebot aufgefaßt hat. Wenn sie heute die deutsche Wirtschaftskraft entgegen ihren früheren Äußerungen so hoch einschätzt, so gewinnt der französische Vorwurf der böswilligen Verweigerung der Zahlungsverpflichtungen immerhin einen Schein von Berechtigung. Der Unterschied des neuen deutschen Angebots gegenüber den Pariser Forderungen beträgt heute nur noch 26 Milliarden Goldmark, deren Zahlung sich auf Jahrzehnte verteilen würde, und ist dadurch begründet, daß die deutsche Regierung „zurzeit“ nur eine vierprozentige Verzinsung der Gesamtschuld für möglich hält, während von den Alliierten fünf bis 8 Prozent gefordert waren.

Die amerikanische Vermittlungsaktion.

London, 26. April. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington, Deutschlands Gegenwortschläge in der Reparationsfrage sind beim Staatsdepartement eingegangen und, wie verlautet, dem Kabinett bei seiner regelmäßigen Sitzung vorgelegt worden. Obwohl noch kein offizieller Kommentar bekanntgemacht worden ist, glaubt man doch, daß die Vorschläge einen günstigen Eindruck gemacht haben.

Washington, 26. April. (Reuters.) Hughes hat die Vorschläge der alliierten Mächte nach Empfang der deutschen Vorschläge eingeladen, mit ihm im Staatsdepartement zusammenzukommen. Es wurde erklärt, daß der Zweck der

Konferenz eine informelle Besprechung der deutschen Note war, aber in keiner Weise die diplomatische Übermittlung des deutschen Angebots durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

Berlin, 27. April. Im Anschluß an die gestrige Reichstagsführung fand eine gemeinsame Besprechung der Regierungsparteien statt, in der beschlossen wurde, heute eine gemeinsame Erklärung zu der Rede des Reichsministers Dr. Simons abzugeben. In der Erklärung werde, dem „Lokalanzeiger“ zufolge, zum Ausdruck gebracht werden, daß die Regierung sich bei ihrer Aktion auch weiter auf die Koalitionsparteien stützen könne. Auf die sozialistischen Parteien hat nach den Äußerungen der Berliner Blätter die Rede des Außenministers einen günstigen Eindruck gemacht, während sich die Deutschnationalen ihr gegenüber völlig ablehnend verhalten.

Eine Antwort aus Amerika auf die deutsche Reparationsnote ist nach den Informationen der Blätter im Laufe des gestrigen Abends bei den Berliner amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen.

Paris, 26. April. Nach einer Londoner Meldung des „Matin“ liegt dort aus Washington die Nachricht vor, daß der Präsident der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten dem Repräsentantenhaus zwei Resolutionen vorgelegt hat, die die Beendigung des Kriegszustandes mit den Mittelmächten erklären. Porter führte aus, diese Resolutionen ständen in enger Übereinstimmung mit der Volkstimm des Präsidenten Harding. Sie enthielten die wesentlichen Bedingungen für den Schutz aller amerikanischen Rechte und ließen im übrigen dem Präsidenten volle Freiheit, über den Vertrag zu verhandeln.

Frankreichs Gewaltabsichten.

Paris, 26. April. Seydoux ist heute vormittag nach London abgereist, um sich dort mit Lord George zu treffen. Lord George und Seydoux werden die englischen Sachverständigen über die Einzelheiten des französischen Planes zu einem wirtschaftlichen und militärischen Vorgehen im Ruhrgebiet unterrichten.

Paris, 26. April. (Havas.) In der gestrigen Kammerführung wurde auf Antrag des früheren Kriegsministers Henry Lafont der vom Senat um 20 Millionen Franken gefürzte Kredit für Herstellung von Artilleriematerial in seiner ehemaligen Höhe trotz des Widerspruchs des Finanzministers Doumer wiederhergestellt. Diese Abstimmung wurde in den Wandbelgängen der Kammer als der Ausdruck des Willens bezeichnet, die Regierung für den Fall zu unterstützen, daß zu Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland geschritten werden müßte. (Artilleriematerial für die Zwangsmaßnahmen? Ein größtes Beispiel für die französische Vorliebe für Posen und große Gesten, zumal in Anbetracht der zerrütteten Finanzlage Frankreichs. D. Red.)

London, 26. April. Nach einer Mitteilung des Reuterschen Bureaus wird allgemein angenommen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am Sonntagabend nur von kurzer Dauer sein werde. Man werde sich ausschließlich mit einer weiteren Erörterung der deutschen Reparationsfrage befassen.

London, 26. April. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus hat das rumänische Parlament den Gesetzentwurf über die Erhebung eines 50 prozentigen Einfuhrzolles von deutschen Gütern in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Londoner Konferenz genehmigt.

Die Verkehrsstörungen an der neuen Zollgrenze

Das „Tageblatt“ bringt eine Reihe von Meldungen aus Westdeutschland über eine weitere Verschlechterung der Verkehrslage an der neuen Zollgrenze. Auf dem Güterbahnhof Dorendorf bei Düsseldorf warten über 300 Waggons auf Verzollung. Auf allen Zollstationen herrscht die größte Verwirrung, da sich weder die fremden noch die deutschen Zollbeamten in den Bedingungen näher auskennen. Seltens der Kölner Eisenbahndirektion wurden weitere Beschränkungen des Güterverkehrs angeordnet. Der Bahnhof von Worms ist für den Empfang von Gütern auf dem unbesetzten Gebiet vorläufig gesperrt, dergleichen nimmt die Güterabfertigung in Mannheim keine Güter mehr entgegen. Im Mainzer Bezirk ist die Zahl der unabgefertigten Waggons auf 5000 angewachsen. Im pfälzischen und badischen Güterverkehr nimmt die Verstopfung weiter zu.

Das Endergebnis der Tiroler Volksabstimmung.

Innsbruck, 26. April. Bei der Abstimmung erklärten sich von 146 468 abgegebenen Stimmen 144 842 für und 1794 gegen den Anschluß Tirols an Deutschland. Demnach stimmten 98,30 Prozent für den Anschluß.

Deutschlands Lage und die Sanktionen.

Von Max Cohen.

Am vorigen Mittwoch ist die Verordnung über die Rheingolllgrenze in Kraft getreten, und die wesentlichen der neuen Zolllinie liegenden Gebiete sind für das unbesetzte Deutschland nunmehr Zollausland (wen auch begünstigtes) geworden. Es hat wenig Zweck, sich damit zu freuen, daß die Errichtung dieser Zollgrenze keine Rechtsgrundlage im Versailler Friedensvertrag hat, da dieser nur für den einen Fall vorsah, daß die wirtschaftlichen Interessen der rheinischen Bevölkerung selber sie erforderten. Wie gehen nun die Dinge praktisch vor sich? Die an der deutschen Westgrenze (der Rheingolllgrenze) eingehenden Güter fließen von nun ab einfach in die Kasse der Entente; an der Rheingolllgrenze werden die vom unbesetzten Deutschland kommenden Waren mit einem Viertel des für die Einfuhr nach Deutschland geltenden Zollfußes belegt, während für die Einfuhr über die neue Zollgrenze in das freie deutsche Gebiet die allgemeinen deutschen Zollfüße gelten, die aber in Bayern (ohne Goldzulassung) berechnet werden. Außerdem wird noch eine statistische Gebühr von einer Papiermark pro Tonne oder Stückzahl von jenen Waren erhoben, die nach dem deutschen Tarif zollfrei sind; das gleiche geschieht mit den Gütern, die von einem unbesetzten Ort Deutschlands über den Rhein in einen anderen unbesetzten Teil des Reiches gehen, eine Bestimmung, die wichtig ist für Kohlen, die über die Ruhrorter Häfen nach Süddeutschland verschifft werden.

Wie hoch die durch diese Maßnahmen erzielten Einnahmen der Alliierten sein werden, läßt sich schwer abschätzen. Die gesamten Zolleinnahmen Deutschlands an allen Grenzen betragen im Monatsdurchschnitt etwa 300 Millionen Mark; im Monat Januar, dem letzten, für den die Zahlen vorliegen, beliefen sie sich auf 280 Millionen. Ob der Entente nun beträchtliche Einnahmen entzogen werden, weil die Waren andere Wege suchen, hängt vor allem von der dadurch erfolgenden Mehrbelastung ab, die nicht alle Artikel tragen können. Wie es um das letzte aber auch bestellt sein mag: in jedem Fall wird die deutsche Wirtschaft durch die nunmehr gültig gewordenen Zwangsmaßnahmen schwer getroffen, noch schwerer aber dadurch, daß neben der Erhöhung der genannten Zollfüße die bestehenden Aus- und Einfuhrkontrollmaßnahmen nunmehr von der Zollbehörde der Entente ausgeübt werden, die dadurch einen außerordentlichen Einfluß erhält, auf alle Produkte, die überhaupt die Rheingolllgrenze (hinüber und herüber) passieren dürfen; vom 10. Mai an darf ohne Genehmigung der neuen Zollbehörde nichts mehr über die Rheingolllinie aus- oder eingeführt werden.

Zu dieser Bedrohung der deutschen Wirtschaft kommt noch die Erhebung der von Lord George vorgeschlagenen Ausfuhrabgabe von 50 Prozent auf die von Deutschland in die Ententeländer eingeführten Waren. Bekanntlich ist das Gesetz über diese Abgabe zuerst in England (und zwar ohne Widerspruch) angenommen worden, am 14. April wurde es auch in der französischen Kammer genehmigt. Jedoch haben die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer gezeigt, daß den Franzosen diese „Sanction“ nur wenig willkommen ist. Alle Redner kritisierten sie zum Teil sehr scharf, obwohl sie sich letzten Endes für die Annahme der Vorschläge aussprachen. Der Berichterstatter J. B. empfahl das Gesetz zur Annahme, indem er zugleich diese Maßnahme bebauerte. Aus der Tatsache, daß der französische Finanzminister Doumer es für nötig hielt, vor der Abstimmung zu betonen, daß die Einkünfte unter den Verbündeten aufrecht erhalten werden müßten, geht hervor, wie recht der französische Gewerbestellen die Wendel halte, als er sagte, daß Frankreich mit der Annahme dieses Gesetzes ein großes Opfer auf den Altar der Entente niederlege. Auch die übrigen zur Entente zählenden Länder stehen dieser nur im engsten Interesse liegenden Ausfuhrabgabe wenig freundlich gegenüber. Italien hat sie bisher abgelehnt und wird vermutlich bei dieser ablehnenden Haltung beharren; in der Tschecho-Slowakei ist die Entscheidung noch nicht gefallen, es ist aber so gut wie sicher, daß man sich sagen wird, in Jugoslawien ist die Erhebung durch eine Verordnung des Finanzministers vom 16. April angeordnet worden, mit der Maßgabe, daß der Minister ermächtigt wird, im Interesse des jugoslawischen Handels Abweichungen zuzulassen.

Es gibt Leute, die der deutschen Wirtschaft zur Milderung der ihr aus der 50prozentigen Ausfuhrabgabe erwachsenden Schäden, raten, sich neue Handelsbeziehungen und Wege zu suchen, jedenfalls aber den Austauschverkehr mit jenen Ländern zu fördern, die die Abgabe nicht erheben. Zu einem kleinen Teil ist das gewiß auch möglich und wird, soweit es geht, auch geschehen; die Steigerung der italienischen Valuta zeigt da z. B. einen Weg. Was läßt sich aber auf diese Weise für die deutsche Wirtschaft nicht gewinnen. Das Land, das uns einen Ausweg bieten könnte, Rußland, liegt vorläufig hoffnungslos darnieder; das frühere Oesterreich ist zerfallen, seine Nachfolgestaaten und der Balkan segeln im Fahrwasser der Entente, und um das gegenwärtige kleine Oesterreich ist es noch viel schlechter bestellt, als um Deutschland selber. Im aberzeitigen Verkehr bieten nur die Vereinigten Staaten von Amerika gerade jetzt das sogenannte Antidumping-Gesetz angenommen worden ist, das die Periode verstärkter Schutzollgesetzgebung einleitet, zu der der neue Präsident Harding sich in seiner Volkstimm mit Nachdruck bekannt hat.

Wenn Deutschland aus seiner Wirtschaftsknot allmählich wieder herauskommen will, so gibt es (wenn auch unter großen Opfern) nur einen Ausweg: den der Verständigung mit der Entente, vor allem mit Frankreich, weil dieses Land Deutschlands Hauptgläubiger ist, infolgedessen auch dasjenige, das zu weiteren Zwangsmaßnahmen greifen wird, um sich, so gut das eben möglich ist, bezahlt zu machen. Diese weiteren Zwangsmaßnahmen werden sicherlich, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, in der Befestigung des ganzen rheinisch-westfälischen Kohlen- und Industriebezirks bestehen und der Entente das Verfügungsrecht über die deutschen Kohlenfelder sichern, die sie damit, zugunsten des Reparationskontos, zu Weltmarktpreisen verkaufen wird. Auch an Deutschland selber, was das wirtschaftlich bedeutet, kann sich jeder, der von der deutschen Wirtschaft etwas versteht, an seinen 10 Fingern abzählen: nockständiger wirtschaftlicher Niedergang und ein unabsehbares Chaos werden die Folgen sein. Sie zu vermeiden gibt es (wenn überhaupt) nur ein Mittel: schnellste Wiederaufnahme der Ver-

Der Matfeleeraufruf der sozialistischen Internationale.

Wir haben gestern bereits die markanten Schlüsse des Matfeleeraufrufs der Zweiten Internationale veröffentlicht, unter dessen Unterzeichnern sich als Vertreter unserer deutschen Genossen das Parteivorstandsmitglied Otto Wels befindet, und lassen heute noch den Anfang des Aufrufs folgen. Nachdem zunächst auf den Druck der Kriegsschulden hingewiesen ist, der auf der Arbeiterschaft der ganzen Welt lastet, und auf den fortgesetzten Verfall der kapitalistischen Regierungen, heißt es:

„An die Arbeiter ergeht der Ruf zur Eroberung der politischen Macht.“

Weiter wird auf den geplanten internationalen Lohnabbau, die fortschreitende Arbeitslosigkeit und Verarmung in ganz Europa und die beabsichtigten Angriffe auf die von der Arbeiterschaft schwer erzwungenen staatsbürgerlichen Rechte hingewiesen. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems, der sich in dem Mangel an Waren, Hunger und Arbeitsmangel äußert, bedroht das Leben der Arbeiter der Gesamtheit der ganzen Kultur. „Das Großkapital“, heißt es, „beherrscht die Welt und entscheidet über die Schicksale der Völker. Sein Geist ist es, der die sogenannten Friedensverträge bedirrt.“

„Arbeiter! Euer erster Mai ist der Tag der internationalen Verbrüderung, der Tag, an dem es keine trennenden Grenzen, nur gemeinsame Interessen und gemeinsamen Kampf gibt. Es ist der Tag, an dem — über alle Grenzen hinweg — der gewaltige Geist der Arbeiter-Internationale Euer aller Herzen bewegt! Lacht an diesem ersten Mai die Größe der Gefahren, die uns bedrohen, alle Uneinigkeit verbannen!“

Es folgen dann die gestern von uns wiedergegebenen Schlüsse.

Die zweite Internationale und der Versailler Vertrag.

Es ist verschiedentlich behauptet worden, daß in Amsterdam bei den letzten Verhandlungen der zweiten Internationale der Versailler Vertrag grundsätzlich anerkannt worden sei. Diese Anerkennung soll dadurch geschehen sein, daß an der Spitze des Beschlusses dieser Verhandlungen die Frage einer internationalen Anleihe für die Welt in 30 Annuitäten sich verbürgt, steht. Es dürfte darum wichtig sein, daß der Vorsitzende des Parteivorstandes der SPD, der persönlich an den Amsterdamer Besprechungen teilgenommen hat, seinem Irrtum entgegenstehend ausdrücklich feststellt (Heft 3 der „Mode“, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin), daß durch die Zustimmung der internationalen Anleihe die zweite Internationale die Bestimmungen des Versailler Vertrages keineswegs anerkannt habe. „Wiemehr handelte es sich dabei, wie Wels hinzusetzt, darum: einen Weg zu weisen, die in London abgefallenen Fäden wieder anzufassen. Es war der Gedanke, politische Politik zu leisten, der die deutschen Vertreter veranlaßte, der Möglichkeit in 30 Annuitäten zuzustimmen, der sie auch dazu für praktische Vorschläge für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch deutsche Sach- und Arbeitsleistung zu machen.“

Diese Darstellung des Genossen Wels ist ja auch inzwischen durch den Matfeleeraufruf der zweiten Internationale bestätigt worden, in dem ausdrücklich die Revision der Friedensverträge gefordert wird.

Das Ergebnis der Tiroler Volksabstimmung.

Von zuständiger Stelle wird den P. B. N. mitgeteilt: Bei der Tiroler Volksabstimmung über die Frage: Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert?, wurden in Innsbruck-Stadt 33 081 Stimmen mit Ja, 476 mit Nein abgegeben. Im gesamten Abstimmungsgebiet waren bis 1 Uhr nachts 107 234 mit Ja, 1434 mit Nein zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist das Ergebnis des Bezirks Sigmund, wo die meisten Anhänger des Anschlußgegners, Abg. Schöpfer sind. Dort wurden bei 15 950 Stimmberechtigten 13 640 Stimmen mit Ja, 84 mit Nein abgegeben. Einzelne Bezirke Tirols stehen noch aus. Anlässlich des überaus glänzenden Sieges des großdeutschen Gedankens fanden abends in Innsbruck 5 große Kundgebungen statt.

Eine neue französische Ubfage an Moskau.

Paris, 25. April. Die Gewerkschaft der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten, die in Paris getagt hat, hat sich mit 11 712 gegen 1116 Stimmen gegen den Anschluß an die Internationale von Moskau ausgesprochen. Der Kongreß beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Verbesserung der Gehälter und der Arbeitsbedingungen, und sprach sich für die gewerkschaftliche Autonomie aus, aber gegen jeden Anschluß an eine politische Partei.

Krisenstimmung in Polen.

D. E. Die bereits mehrmals festgesetzte und vertagte Reise, die der polnische Außenminister Sapieha zur Unterstützung des polnischen Standpunktes in der oberösterreichischen Frage nach Paris unternehmen sollte, scheint nun endgültig abgefaßt zu sein. Hierin wird ein Anzeichen dafür erblickt, daß seine Stellung vollends erschüttert ist. Gewisse politische Kreise, als deren Sprachrohr der „Kurjer Poranny“ erscheint, arbeiten darauf hin, daß bereits jetzt, noch vor der Lösung der oberösterreichischen Frage, nach welcher eine völlige Neubestimmung der Regierung stattfinden soll, eine teilweise Neubestimmung im Kabinett Witos erfolge. Als Nachfolger für Sapieha wird dabei Domb ski genannt. Ferner wird auf die Unhaltbarkeit der Stellung des Innenministers Stuski hingewiesen, der jedoch von seiner Partei als von Pilsudski irreführter Premierminister bloßgestellt wurde, und auf die schwere Erkrankung des Justizministers Komorowski, die eine Neubestimmung seines Postens erfordert. Demgegenüber behauptet die „Nacpopolita“, daß die Krisengerüchte einer erneuten Grundfrage entbehren. Die jedoch bekanntgegebene Ablicht des Kriegsministeriums, die Kasernierung der Offiziere einzuführen, hat, wie in der Presse offen ausgesprochen wird, bei denselben starke Erregung hervorgerufen.

Handlungen mit der Orient durch Vorlegung neuer, auf das reifste durchdachter, wirklich bis an die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit gehender deutscher Vorschläge. Der deutsche Außenminister hat diese neuen Vorschläge bereits angeordnet. Sie müssen aber, wenn sie Jemand haben sollen, von anderer Art als die in London gemachten sein, sonst ist die Sache umsonst. Vor allem muß aber vor allemhändigem Voraussetzen, späterem Mehrheiten, juristische Grundlagen geschaffen werden. Derartige diplomatische Schachzüge haben in Deutschland Situation gar keinen Zweck. Es muß von vornherein alles gelöst, noch irgend möglich ist. Darauf muß dann beharrt werden, und Änderungen darf es dann nur noch in der Form oder Methode geben. Es ist in Deutschland durch das gefährliche und lächerliche Schachspiel des Außenministers ein Zustand herbeigeführt worden, der nicht mehr länger dauern darf. Jeder hat die höchste Pflicht auch nur ihr Recht zu tun. In den letzten Tagen, als die beiden Verbündeten, wie die Dinge liegen, begannen, dem deutschen Volk den fünftägigen Krieg der Tage zu erklären, es ist aber auch die ausschließliche Zeit und Gelegenheit genug, daß die Anwendung des Zwangs drohenden Schicksal nachgelassen ist. Es ist ein unheilvoller Zustand, der eine große Anzahl von Millionen Menschen als bester Feind, die der deutsche Volk ist, der Revolution ergibt, haben doch wirklich bis in Einzelheiten hinein und nicht nur äußerliche Pläne für die Wiedereinnahme gar nicht existieren. In dem nun mit dem Versailler Vertrag verbundenen Zustand, mit einer solchen, seit 2 Jahren bestehenden Politik, wird Deutschland auseinander gehen, und es kann in der deutschen Welt keine Zeit sein, wenn es andere Völker mit in den Zusammenbruch zieht. Doch ist es vielleicht nicht zu spät, bald aber wird der Welt die Stunde schlagen, wenn die Verantwortung, wenn nicht das Abbruch der Macht dann lauten wird, das Deutschland.

Sozialmittel- und Rohstoffmangel und die Zerrüttung des Transportwesens hätten dazu geführt, daß gleichzeitig mit dem Sozialismus noch die Klein-Industrie sich in Sowjet-Rußland erhalten habe. Unter diesen Umständen würde der Staatskapitalismus eine Zusammenfassung der Klein-Industrie bedeuten. Die Kommunisten brachten die Entwicklung des Staatskapitalismus nicht zu fürchten, da sie selbst ihr bestimmte Grenzen setzen könnten. Der Kapitalismus unter der Kontrolle eines Staates, in welchem das Proletariat die ganze Macht in Händen halte, widerspreche nicht der Idee des Kommunismus.“

In solchen Vorzeichen nach rückwärts bewegt sich jetzt die bolschewistische Diktatur. Es lohnt sich wohl kaum, auch Deutschland nach russischem Muster kaputtzuschlagen, um zu den gleichen Ergebnissen zu gelangen.

Ein weiteres Beispiel der bolschewistischen Rückwärtsentwicklung liefert ein neues Dekret, welches anordnet, daß vornehmlich den Arbeitern außer ihrem Geld- und Naturallohn ein Teil der Erzeugnisse ihres Betriebes zugewiesen werden soll. Der auf diese Weise gebildete Warenhaufen soll unmittelbar verteilt oder durch Vermittlung der lokalen Konsumgenossenschaften gegen andere Waren ausgetauscht werden. Für die Betriebe, in denen nach Art ihrer Erzeugnisse diese Regelung undurchführbar ist, ordnet das Dekret an, den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, nach Schluß der Arbeitszeit mit den Betriebsmitteln Bedarfsartikel für den Austausch herzustellen. Es dürfen sogar Gruppen von Arbeitern ihre ganze Zeit den neuen Produktionsgattungen zuwenden, wenn die übrige Belegschaft Gemäch für die Übernahme, daß die Produktion des Betriebes dadurch nicht geschädigt wird. Das Dekret bildet ein Jugendstadium an die Forderungen der noch zuletzt auf dem kommunistischen Parteikongreß als sozialistisch bekämpften Gruppe der „Arbeiteropposition“ und einen völligen Bruch mit der bisherigen Politik, da die Entlohnung der Arbeiter durch Erzeugnisse ihrer Betriebe bisher streng verpönt war.

Kreml, 20. April. Der 1. Mai-Feiertag fällt in Sowjetrußland auf den Donnerstag. Das Zentralvolkskomitee macht darauf aufmerksam, daß die religiösen Gebräuche der Massen unter keinen Umständen durch unvorsichtige Worte verletzt werden dürfen. (Wenn die deutsche Sozialdemokratie einen ähnlichen Standpunkt vertritt, dann wird sie von den Bolschewisten und Konjunkten als konterrevolutionär und opportunistisch beschimpft. D. N.)

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

D. E. Jurzeit weilen in Wiga verschiedene führende sowjetische Wirtschaftsbeamte, darunter der zweite Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Komow und der Kommissar für Handelsrelationen Liberman. Sie drückten, gleich dem bereits nach Berlin abgereisten Volkswirtschaftsminister für Finanzwesen Arschwin, sich in der nächsten Woche nach Deutschland zu begeben, da in Sowjetrußland erwartet wird, daß demnächst Verhandlungen über einen detaillierten deutsch-russischen Handelsvertrag beginnen werden. Bisher war der besondere Wohlwille der Sowjetregierung Scheinmann auf der Durchreise nach Berlin in Wiga ein, der nach einer amtlichen Moskauer Mitteilung, mit dem Abschluß des Handelsabkommens mit Deutschland beauftragt ist. Scheinmann überbringt die russischen Gegenanforderungen an dem von Deutschland zu einem nach Moskau gelangten Entwurf des Abkommens über die Regelung der beiderseitigen konsularischen und handelsrechtlichen Beziehungen. — In einer Unterredung, die der Korrespondent des Ost-Express mit Komow hatte, betonte dieser die Notwendigkeit einer schnellen Verständigung mit Deutschland, da der Handelsverkehr mit Amerika nicht in Gang komme und Deutschland der einzige mit dem russischen Markt vertraute Staat sei. Komow äußerte die Überzeugung, daß der deutsch-russische Handelsvertrag für beide Länder eine praktische Bedeutung haben werde, als das russische Handelsabkommen mit England.

Das Eintreffen der rumänischen Friedensdelegation wird am 1. Mai in Kiew erwartet, wo die Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Rumänien stattfinden sollen.

Ein Gefangenens-Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjet-Ukraine.

D. E. Zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik ist in Ergänzung des am 10. April 1920 zwischen Deutschland und der russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik abgeschlossenen Vertrages ein Abkommen über den Austausch der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen am 23. April d. J. unterzeichnet worden. Auf Grund des Abkommens soll die deutsche Kommission für Kriegs- und Zivilgefangenenfürsorge in Moskau eine Abteilung in Charkow, und das russische Büro für Kriegsgefangene in Berlin eine besondere ukrainische Abteilung errichten. Die Schlüsselregelung, die das Berliner bolschewistische Blatt „Roter Arbeiter“ an die Unterzeichnung dieses Vertrages knüpft, wonach diese mit einer Anerkennung der ukrainischen Sowjetregierung von Seiten Deutschlands gleichbedeutend sei, wird von zuständiger deutscher Stelle als nicht den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Es handle sich hierbei nicht um einen diplomatischen Akt, sondern um ein lediglich die Gefangenensfürsorge betreffendes Spezialabkommen, das auch deutscherseits nicht von einem Vertreter des Auswärtigen Amtes, sondern von dem Vorsitzenden der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangenenfürsorge unterschrieben worden sei.

Die wirtschaftlichen Folgen der polnischen Demobilisierung.

D. E. Das polnische Kriegsministerium kündigt den Verkauf des demobilisierten Heeresgutes im Wert von 10 Milliarden polnische Mark an. Dies darf als ein Anzeichen dafür betrachtet werden, daß der Abbau des Kriegszustandes fortgesetzt wird. Die Folgen der Demobilisierung der Armee machen sich zunächst drückend bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit ist groß. Am Lodzer Industriebezirk herrscht vollkommene Arbeitslosigkeit infolge der übermäßigen Produktionskosten, vor allem aber infolge der hohen Arbeiterlöhne und der Ausnahmefähigkeit des inneren polnischen Marktes. Es sieht eine durchgreifende Beschränkung der industriellen Produktion bevor, und es wird der Wiederbeginn der Sachengänge in erheblichem Ausmaß erwartet. — Die amtliche polnische Telegraphen-Agentur soll mit der halbamtlichen Agentur „Ost-Express“ demnächst vereint werden; die Zeitung wird voraussichtlich der Sekretar der Wigaer polnischen Friedensdelegation Babos übernehmen.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in Deutschland.

D. E. Die Lage mit jedem Frühjahr kräftig einsetzende Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist leider dieses Jahr ausgeblieben. Die Zahl der unterrichteten Arbeitslosen im Reich ist daher nur unbedeutend gesunken, nämlich von 433 204 am 1. Februar 1921 auf 429 033 am 1. März 1921. Auch der Monat März hat hierin keine Besserung gebracht. Eine Anzahl Industriegruppen zeigt vielmehr eine weitere Zunahme der Beschäftigten, in namentlich die chemische und die elektrische Industrie. Bei der Metall- und Maschinenindustrie hat zwar die Zahl der männlichen Beschäftigten um 0,8 v. H. zugenommen, dafür aber die der weiblichen um 0,8 v. H. abgenommen. Das umgekehrte Bild zeigt sich bei der Textil- und Fortwärrindustrie. Beim Baugewerbe hat zwar die Zahl der Beschäftigten um etwa 2,3 v. H. zugenommen, da sich die Bautätigkeit zum Teil mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge etwas gehoben hat; immerhin haben die Bauhandwerker mit 12 v. H. noch den größten Prozentzug an Arbeitslosen aufzuweisen.

Unter der Arbeitslosigkeit haben natürlich die Industriebezirke stärker zu leiden als die ländlichen und Provinzen mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung. Bei den Industrieländern machen aber bisher die Kohlengebiete eine bemerkenswerte Ausnahme. Während z. B. auf je 1000 Einwohner in Witten (Textil- und Maschinenfabriken) 82,4, in Sonneberg (Spielwarenindustrie) 31,9, in Groß-Berlin 29,9, in Fürth i. Bayern (Spiegel- und Metallwarenfabriken) 29,4, in Wismars (Schuhfabriken) 26,0 Arbeitslose entfallen, sind es in Dortmund nur 6,0, in Essen 0,6. Im besetzten Gebiet Oberschlesiens mit fast 2 1/2 Millionen Einwohnern gibt es nur knapp 1100 Arbeitslose (also 0,44 auf 100). Also geben zurzeit nur noch die Kohlenruben und die unmittelbar mit ihnen zusammenhängenden Hütten und chemischen Werke ausreichende Beschäftigung.

Leider sprechen bedenkliche Anzeichen dafür, daß die allgemeine Wirtschaftskrise auch in diesen Bezirken Eingang findet. Es ist bekannt, daß auf dem Weltkohlenmarkt eine furchtbare Abflachung eingetreten ist; namentlich Frankreich und Belgien leiden bereits unter einem unerträglichen Ueberschuß an Kohle, Koks und Eisen, der ein solches Sinken der Preise zur Folge hatte, daß die Selbstkosten nicht mehr gedeckt werden. (Der durch den englischen Grubenarbeiterstreik hervorgerufene Bedarf ist nur vorübergehend und wird zum größten Teile von Amerika gedeckt, das über große Kohlenvorräte verfügt.) Wenn Frankreich und Belgien dennoch auf der deutschen Zwangslieferung von monatlich 2,2 Millionen Tonnen Kohle bestehen, so ist der Grund in der Spannung zwischen dem eigenen und dem niedrig gehaltenen deutschen Inlandspreis zu sehen, zu welchem Deutschland liefern muß. Soll doch nach Meldungen französischer Blätter an diesem Preisunterschiede der französische Staat in der Zeit vom 1. April 1920 bis 31. Dezember 1920 über 25 1/2 Millionen Franken verdient haben. Trug dieser enorme Überschuss, so nimmt infolge der zunehmenden Krise in der deutschen Industrie die Kohlennot ab. So hat der Kohlenkommissar für Berlin bereits Erleichterungen in der Zuteilung von Hausbrandkohle und in der Zahl der Sperrstunden durchzuführen können. Auch die obersteinsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung in der vorletzten Woche festgestellt, daß die Eisen- und Zinkindustrie zu den jetzigen Preisen keinen Abzug mehr findet, und daß auch auf dem Kohlenmarkt ein Umkehrung bevorsteht, so daß mit Betriebsbeschränkungen und Preisrückgängen in nächster Zeit zu rechnen ist.

Die deutsche Wirtschaftslage ist daher so ungünstig, daß sie zu größeren Verzögerungen auf die Reparation führt und für die nächste Zeit nicht imstande ist. Frankreich und Deutschland kann aber gleichzeitig geholt werden, wenn Deutschland das zerstörte Frankreich selbst wieder aufbauen darf.

Sowjet-Kapitalismus.

Dem Kapitalismus und dem Freihandel ist in Sowjetrußland ein mächtiger Hinterschlag entstanden. Dem Verringerer als Lenin bewußt legt, daß diese beiden Einrichtungen sich mit dem Kommunismus auszeichnen vertragen. Darüber meldet „Ost-Express“ aus Helsinki vom 20. April: „Auf der Moskauer Konferenz der „Kommunistischen Parteizellen“ führte Lenin in seiner Rede (deren Anfang gestern gemeldet wurde) ferner aus: Der Freihandel werde einen Staatskapitalismus zeitigen. Die Desorganisation...

Der Volkstag zur Uebernahme der Stadtgeschäfte.

38. Vollziehung des Volkstages.

Dienstag, den 26. April 1921.

Zunächst erfolgt nach Eröffnung der Sitzung gegen 3 Uhr die Wahl eines hauptamtlichen Senators

für den aus dem Amte geschiedenen Prof. Adv. Hahn (A.) ...

Stadtrat Runge erhielt 50 Stimmen und wurde somit zum Senator der Staatsbetriebe gewählt.

Zur Beratung kommt der von den Unabhängigen gestellte Antrag: Der Volkstag wolle beschließen, die vom Senat zum 1. Mai geplante

Uebernahme der Verwaltung der Stadtmelode Danzig in die Kreisabverwaltung ist bis zur Bildung der Stadtbürgerchaft hinausgeschoben.

Herrn Hahn (A.) weist in der Begründung des Antrages darauf hin, daß auf Grund der Verfassung die Uebernahme der Magistratsgeschäfte auf den Senat nur nach Bildung der Stadtbürgerchaft möglich sei.

Senatspräsident Hahn versucht den Nachweis zu führen, daß die Verfassung vollständig in Kraft sei und daß das Verlangen des Senats in der Verfassung begründet sei.

des Stadtbürgerchaftsgesetzes ausgearbeitet, doch habe dieser nicht die Billigung der Magistratsmitglieder gefunden.

Herrn Schwegmann (Zinnl.) billigt die Maßnahme des Senats, obwohl keine Vorteil im Verfassungsausschuss ersichtbar gegen die Uebernahme der Stadtgeschäfte durch den Senat gewesen ist.

Herrn Senats (H. D.) behauptet die Konflikte zwischen Senat und Magistrat. Er wäre aber anzunehmen, daß der Senat zwingende und schwerwiegende Gründe zu seinem Vorgehen hat!

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Genosse Grünhagen: Wir stehen zu unserem Grundsatze, den wir bei den Verfassungsberatungen eingenommen haben, daß die Verwaltung des Reichsstaats eine einheitliche sein muß.

Danziger Nachrichten.

Bürgermeister Ball, der nach dem Ausscheiden des Oberbürgermeisters Sahm der verantwortliche Leiter der Magistratsgeschäfte war, beabsichtigt, mit dem 1. Mai sein Amt niederzulegen und in den Ruhestand zu treten.

Die Steuerzuschläge für 1921.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine dringliche Vorlage zur Festsetzung der Steuerzuschläge für 1921 zugehen lassen.

Die Einkommensteuer mit einem Zuschlage von 350 Prozent der zurzeit geltenden Staatseinkommensteuern, also nicht der neuen projektierten Sätze, (auschl. des Anteiles an der Wohnungssteuer, der noch nicht festgestellt werden kann).

Die Gewerbesteuer in Klasse I und II mit einem Zuschlage von 400 Proz., in Klasse III mit 380 Proz., in Klasse IV mit 360 Proz. der staatlichen Steuern (auch bei der Gewerbesteuer ausschließlich des noch nicht ziffernmäßig feststehenden Anteiles an der Wohnungssteuer).

Die Grunderwerbsteuer mit einem Zuschlage von 255 Proz. der staatlichen Steuer, zu erheben in Form der Grundwertsteuer.

Die Betriebssteuer mit einem Zuschlage von 200 Prozent der staatlichen Steuern.

Wie in der Begründung der Vorlage ausgeführt wird, steht der städtische Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 in seinem Gesamtumriß fertig und es sind nur noch unwesentliche Änderungen hieran zu erwarten.

Die Konsum- und Spargenossenschaft hielt gestern unter dem Vorsitz des Genossen Reel ihre Hauptversammlung im früheren Garnisonkaserne ab.

mit der Grobhandelsfirma in Hamburg gelitten. Ungünstig für den Warenverkehr ist ferner die rückläufige Preisbewegung. Man kann keine Voraussichtungen machen, weil ständig Verluste drohen.

Neues Operettentheater. Die diesjährige Operettensaison neigt sich ihrem Ende zu. Am 31. Mai schließt das Theater seine Pforten.

Die Eröffnung des Varietés Wintergarten ist, wie bereits gemeldet, auf Sonntag, den 1. Mai festgesetzt. An den Eröffnungstermin knüpfen sich große Erwartungen, denn die Beliebtheit des Danziger Sommervariétés ist in den letzten Spielzeiten ständig gewachsen.

Die zweite Kinderwanderung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ am vergangenen Sonntag hatte 9 Kinder vereinigt, also mehr als die doppelte Anzahl der ersten Tour.

Zum ersten Märchenabend

wurden sich die jungen Wanderer am Freitag, den 29. April, von 5 bis 7 Uhr nachmittags, im „Naturfreunde“-Garten im Stadtpark zusammenfinden, wobei der fagenhafte Reel, den das alte Bauwerk in jedem Danziger Kinderherz berührt, viel zu der nötigen Stimmung beitragen dürfte.

Pollgebietsbericht vom 27. April 1921. Festgenommen: 9 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 4 in Polizeihalt. — Todsdroh: 5 Personen.

Danziger Höhe. Abgabe von Bekleidungsstücken. Infolge Auflösung der Kreisleidertelle werden noch etwa 28 Anzüge (bestehend aus Joppe und Hose) und etwa 12 Paar Schafstiefel weit unter dem Selbstkostenpreise abgegeben.

Oliva. Auf Karte 9 der Spießkettkarte werden 62,5 Gramm Butter verteilt. Der Verkauf findet wie folgt statt: a) für sämtliche Kunden der Filiale Reichsau vom 27. bis 30. April, in der Zeit von 8-6 Uhr nachm. und zwar für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben L-S am 27. April, U-S am 28. April, T-S am 29. April, O-S am 30. April, für die Kunden aller übrigen Meteren am 27. und 28. April. Der Kleinverkaufspreis für ein Pfund Butter beträgt 13 Mf.

Verfassungsveranstaltungen

Die Frauen-Mitgliederversammlung der S. P. D. findet heute, Mittwoch, in der Aula der Hülsschule Helligegasse 111 statt und beginnt abends 6 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein Danzig. Freitag, den 29., abends 6 1/2 Uhr, in der Maurerherberge, Schüsselbamm: Generalversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag, den 28., abends 7 Uhr, Versammlung der Fachgruppe „Industrie“, Singaal Petrischule, Hansaplaz.

Buchdruckervereinigung der Freien Stadt Danzig (M. d. D. B.) Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 30. April, abends 7 Uhr, in der Aula der Reichstädtischen Mittelschule, Boggenpuhl. Vertrauensleute 1 Stunde früher.

Deutscher Metallarbeiter-Verein. Donnerstag, den 28. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Seveliusplatz 1-2, Zimmer 70, abends 8 Uhr.

Freitag, den 29. April, abends 8 Uhr, bei Kresin, Danzfuhr: Bezirksversammlung. Vortrag Herrmann: Verfahrungsfragen.

Freitag, den 29. April, Bezirksversammlung Schibitz-Emmaus bei Steppuhn, abends 6 1/2 Uhr. Wahl des Bezirksausschusses und Delegierten.

Sonnabend, 30. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Seveliusplatz 1-2, Zimmer 70: Erweiterte Ortsverwaltung.

Montag, den 2. Mai, 11 1/2 Uhr nachm., bei Schmidt, Schillinggasse: Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften der Waggonfabrik. Tagesordnung: Fabrik- oder Betriebskassenfrage. Redner: Reel.

Berein Arbeiterjugend Danzig. Mittwoch, den 27. April, abends 7 Uhr, im Seim, Reiterlaterne, Weibengasse 2, 2 Tr.: Vortrag über „Sozialismus“. Referent: Frau Klaf.

Berein Arbeiterjugend Chra. Donnerstag, den 28. April, abends 7 Uhr, im Seim: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Ersicheren.

Bermischtes.

Ein Mörder, der die Vollstreckung des Todesurteils verlangt. Der Falkenhagener Massenmörder Schumann, der zum Tode verurteilt worden ist, wartet seit neun Monaten auf die Vollstreckung des Todesurteils. Er beschwert sich, daß ihm im Strafgefängnis Bismarck stets nur die graue gebundenen geistlichen Bücher und nicht die rotgebundenen weltlichen Bücher gegeben würden.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsberichte am 27. April 1921. Tabelle mit 2 Spalten: gestern heute. Zeilen: Jawisch, Worschau, Thorn, Forde, Gulin, Graudenz, Kurbach, Montauerpige, Plehel.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

Aufruf!

Von dem unterzeichneten Stiftungsvorstande wird eine unter Aufsicht des hiesigen Amtsgerichts stehende Schröder'sche Familien-Stiftung, genannt „Der Armenkasten“ verwaltet, welche von dem verstorbenen Stadtrat Hans Schröder in Danzig durch Testament vom 26. Juli 1859 zum Zweck der Unterstützung aller seiner Verwandten errichtet ist.

Personen, welche ihr Verwandtschaftsverhältnis zu dem Stifter Hans Schröder urkundlich nachzuweisen vermögen und sich in bedürftiger Lage befinden, werden aufgefordert, unter Vorlegung der Urkunden sich bei dem Stiftungsvorstande alsbald zu melden, da andernfalls eine Umwandlung des Stiftungszweckes von dem Senat der Freien Stadt Danzig beabsichtigt ist.

Danzig, den 10. April 1921. (4138) Der Vorstand der Hans Schröder'schen Familienstiftung. Danzig, Rechnungsrat Krueger, Rechnungsrat Hundegasse 7. Hochschulweg 9.

